RP ONLINE

Stellungnahme beschlossen

Xanten lehnt Salzabbau bis unters Stadtgebiet ab

1. Juni 2022 um 18:44 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

K+S baut in einer Tiefe von mehreren Hundert Metern das Salz ab. Foto: Armin Fischer (arfi)

Xanten. Die Xantener Politik beschließt einstimmig eine Stellungnahme gegen die vorgesehene Erweiterung des Bergbaus unter dem Stadtgebiet. Die Entscheidung liegt aber bei der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Bergbehörde.

Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Die Stadt Xanten stellt sich klar gegen die geplante Erweiterung des Salz-Abbaus in der Region. Bürgermeister Thomas Görtz und der Stadtrat beschlossen am Dienstagabend einstimmig eine Stellungnahme, die an die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Bergbehörde adressiert ist. Auf elf Seiten macht die Stadt ihre Befürchtungen deutlich, sollte der Salzbergbau unterirdisch in Richtung Xanten vorangetrieben werden. Sie warnt vor den Folgen für den Hochwasserschutz, die Siedlungsentwicklung, die kommunale Infrastruktur, die Landschaft und die Stadt. „Eine Erweiterung der Abbautätigkeit unter dem Xantener Stadtgebiet wird daher grundsätzlich zurückgewiesen, solange die erläuterten Auswirkungen mit größtenteils irreversiblen Schäden nicht gänzlich und sicher ausgeschlossen werden können“, schreibt die Stadt in der Stellungnahme.

Das Schreiben war von der Verwaltung vorbereitet worden. Über einen ersten Entwurf hatte der Planungsausschuss vor zwei Wochen beraten, aber diese Fassung ging den Mitgliedern noch nicht weit genug. Sie sprachen sich für eine deutliche Ablehnung der K+S-Pläne aus. Daraufhin überarbeitete und erweiterte die Verwaltung die Stellungnahme, sie nahm auch Ausführungen zum Hochwasserschutz auf. In der Ratssitzung am Dienstagabend lobten zahlreiche Bürger und die Politiker die neue Fassung. „Sie haben sehr gute Arbeit geleistet“, sagte zum Beispiel Hans-Peter Feldmann, Sprecher der Hochwasser- und Infrastrukturschutz-Initiative am Niederrhein (HWS). Die Stellungnahme sei „fundiert geschrieben“, sagte Claudia Kerkhoff von der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW. In der Abstimmung stellten sich alle Ratsmitglieder hinter die Stellungnahme. Görtz sprach von einem „Schulterschluss“ zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. „Dass wir Einigkeit demonstrieren, ist ein starkes Zeichen.“

INFO

Stadt fordert zentrale Schlichtungsstelle

Politische Forderungen In der Stellungnahme und der Resolution spricht sich Xanten auch dafür aus, dass für den Salz-Abbau eine zentrale Schlichtungsstelle eingerichtet wird. Außerdem fordert die Stadt eine Beweislastumkehr zur Darlegung von Bergschäden zu Lasten der Bergbauunternehmen und deren Rechtsnachfolger.

Hintergrund der Stellungnahme ist, dass der Konzern K+S zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg weitere Gebiete für den unterirdischen Abbau von Steinsalz erschließen will. Bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg hat das Unternehmen deshalb einen neuen Rahmenbetriebsplan für das Steinsalzbergwerk und die Saline Borth gestellt. Bevor die Behörde darüber entscheidet, konnten und können Bürger, Kommunen und andere Träger öffentlicher Belange dazu Stellungnahmen abgeben. Dabei geht es unter anderem um die Bodensenkungen, die durch den weiteren Salz-Abbau am Niederrhein erwartet werden.

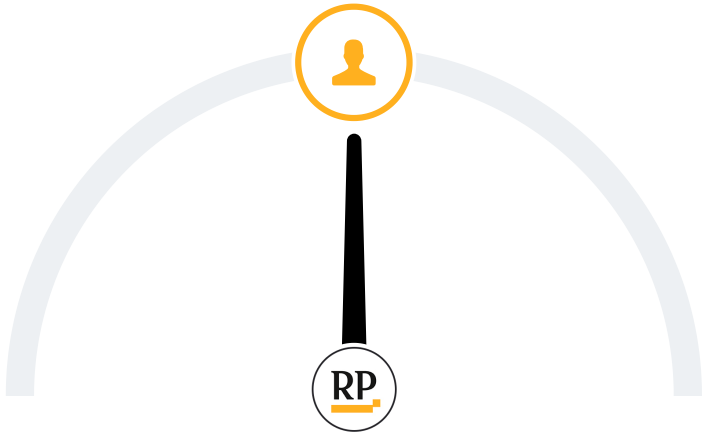
In der Stellungnahme warnt Xanten zum Beispiel davor, dass der unterirdische Bergbau „Auswirkungen auf die Standsicherheit der für den Niederrhein notwendigen Hochwasserschutzeinrichtungen“ haben werde. Sollten die Deiche einem Hochwasser nicht standhalten, müsse mit „irreversiblen Schäden“ in Xanten gerechnet werden. Die Stadt halte deshalb eine Risiko-Analyse und ein darauf aufbauendes Hochwasserschutzkonzept für „zwingend erforderlich“. Die fehle aber in den Unterlagen von K+S.

Auf den weiteren Seiten beschreibt die Stadt noch weitere Risiken, die sie in dem geplanten Salz-Abbau für Xanten sieht. Sie zieht daraus die Schlussfolgerung: „Unter Berücksichtigung aller dargestellten Sachverhalte ist der Antrag aufgrund seiner inhaltlichen Mängel in der vorliegenden Form zurückzuweisen.“ Außerdem fordert sie, „dass insbesondere der Xantener Siedlungsschwerpunkt von zukünftigen bergbaulichen Beeinträchtigungen nicht betroffen ist“. „Dies bedeutet konkret eine Einschränkung des Salzbergbaus auf Bereiche, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen nicht die dargestellten Langzeitfolgen hervorrufen.“ Der Schutz des Lebensraums der Betroffenen sei ein höheres Gut als die bergbauliche Tätigkeit. Aber die Verwaltung informierte die Xantener Politik und Bürger auch darüber, dass sie in dem Genehmigungsverfahren nicht die Entscheidung trifft, sondern die Bezirksregierung Arnsberg.

Das könnte Sie auch interessieren

LIVE ABSTIMMUNG 14084 MAL ABGESTIMMT

Frage der Woche: Haben Sie noch Angst vor Corona?



Ja, immer noch sehr

Nein, gar nicht mehr

RP ONLINE

OPINARY.

Zusätzlich zur Stellungnahme beschloss der Stadtrat auf Vorschlag der Verwaltung deshalb auch eine Resolution zum geplanten Salz-Abbau am Niederrhein. Auf den vier Seiten erklärt die Stadt ebenfalls ihre Befürchtungen, ihre Kritik und ihre Forderungen, was den weiteren Salz-Abbau am Niederrhein betrifft. Während die Stellungnahme an die Bezirksregierung geschickt wird, richtet sich die Resolution an die Landes- und Bundespolitik. Damit wolle Xanten „zu einem Umdenken im politischen Umgang“ mit den langfristigen Folgen des Salzbergbaus anregen, erklärte die Verwaltung.

(wer)